

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Dienstag, **04.12.2007**, 17:15 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr RH Meik Bolte, Herr RH Richard-Michael Halberstadt, Frau RF Eleonore Heyne, Herr Otmar Knüvener (Vertretung für Herrn RH Franziskus-Pius Graf von Merveldt), Herr Hubert Le-nich, Herr RH Josef Messing, Frau RF Ursula Möllers, Herr RH Robert Otte, Frau RF Barbara Stober,

von der SPD-Fraktion

Frau Anne Garbe, Frau Elke Haves-Cloppenburg (Vertretung für Frau RF Beanka Ganser), Herr Stephan Pohlkamp, Frau RF Anne Schulze Wintzler, Herr RH Joachim Tonn,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Birgit Edler, Frau RF Maria Klein-Schmeink, Frau RF Brigitte von Schoenebeck, Herr Ha-rald Wölter,

von der FDP-Fraktion

Herr RH Ulrich Eisenack,

von der Fraktionsgemeinschaft UWG-MS/ödp

--

von der PDS/LL

Herr RH Ali Atalan,

Sachkundige Einwohner/innen

Frau Helga Hitze, Herr Oliver Knocke (Vertretung für Frau Dr. Ursula Hoppe),

Es fehlten:

Frau RF Hannelore Wiesenack-Hauß, Herr Osman Öztürk,

von der Verwaltung

Herr Stadtrat Thomas Paal, Frau Mechthild Bedenbecker-Busch, Frau Annette Fahl, Herr Dr. Eckhard Gollmer, Herr Felix Graf von Plettenberg, Frau Dr. Christiane Kappenstein, Herr Dr. Roland Otto, Frau Gabriele Regenitter, Frau Gabriele Rickert, Herr Thomas Schulze auf'm Hofe, Herr Klaus Uplawski, Frau Karin Weinlich, Herr Dr. Claus Weth, Herr Michael Willamowski,

Schriftführer:

Herr Frank Treutler

Tagesordnung:

- | | | |
|---------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Arbeitsbericht 2006 des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes |
| <u>V/0984/2007</u>
I | 5. | Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung |
| <u>V/0944/2007</u>
IV | 6. | Sonderfonds "Hilfen für Schwangere und junge Mütter zum Schutz des ungeborenen Lebens"
Hier: Bericht über die Entwicklung des Sonderfonds für die Jahre 2005 und 2006 |
| <u>V/0876/2007</u>
IV | 7. | "Kitas und Schulen bewegen ..."
Modellprojekt zur Gesundheitsförderung in Kitas und Grundschulen unter besonderer Berücksichtigung der Verzahnung von Gesundheit und Bildung und des sozialräumlichen Bezugs |
| <u>V/0809/2007</u>
IV | 8. | 5 Jahre Stadtteilwerkstatt Nord - Jahresbericht 2006 |
| <u>V/0919/2007</u>
III | 9. | Wohnungspolitische Anträge:

A-R/0012/2006 der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 28.03.2006
A-R/0036/2006 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL im Rat der Stadt Münster vom 28.08.2006
A-R/0046/2006 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 31.10.2006
A-R/0054/2006 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 05.12.2006
A-R/0010/2007 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 20.03.2007 |

<u>V/0764/2007</u> V	10.	"Älter werden in Münster"; Leitantrag zur Sozialpolitik für Seniorinnen und Senioren, "Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Sicherung des Selbständigen Wohnens ausbauen"
<u>V/0990/2007</u> V	11.	Pflegebericht 2007 des Sozialamtes
<u>V/0745/2007</u> V	12.	Struktur der zukünftigen kommunalen Gesundheitsberichterstattung über die psychiatrische Versorgung in Münster
	13.	Verschiedenes

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Herr Messing eröffnete um 17.20 die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Mitglieder, die zu verpflichten gewesen wären, waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Für die SPD-Fraktion regte Frau Schulze Wintzler mit Hinweis auf einen von ihrer Fraktion vorgesehenen Ergänzungsantrag an, die unter TOP 9 vorgesehene Vorlage in der heutigen Sitzung zu beraten, im Übrigen jedoch ohne Beschlussfassung zu schieben. Dem Vorschlag widersprachen die Mitglieder nicht.

Mit dieser Maßgabe wurde die Tagesordnung wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

Herr Stadtrat Paal berichtete, dass

- 3.2.1** die Gesundheitskonferenz am 31.10.2007 die Handlungsempfehlungen zum Thema „Präventionsmöglichkeiten beim Plötzlichen Säuglingstod“ einvernehmlich verabschiedet habe, zur Konkretisierung eines neuen Jahresthemas aus dem Bereich „Gesundheitsförderung im Alter“ sowie zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen einen Arbeitskreis eingerichtet habe und die vom Land initiierte sowie vom Gesundheitsamt gemeinsam mit den weiterführenden Schulen organisierte Impfkampagne gegen Masern begleite;
- 3.2.2** sich die Pflegekonferenz in ihren Sitzungen am 21.03. und am 07.11.2007 mit folgenden Schwerpunkten befasst habe:
- Vorstellung von Neubaumaßnahmen in Gievenbeck, Albachten und in der Weißenburgstraße sowie der Konzepte dreier Wohngemeinschaften für Demenzzranke (Andreas-Hofer-Straße, Gievenbeck und Kinderhaus),
 - Erörterung der von der AG Qualitätsstandards entwickelten Empfehlungen zum Betreuten Wohnen (Hausgemeinschaften)
 - Abstimmung der Vorlage „Älter werden in Münster“ und des Pflegeberichts 2007;
- die AG Kultursensible Altenpflege habe drei Mal getagt und werde im Frühjahr kommenden Jahres Handlungsleitlinien präsentieren.
- 3.2.3** Mit Hinweis auf Nachfragen in der Sitzung am 16.10.2007 teilte Herr Willamowski mit, dass von den 2.441 Pflegeplätzen in 30 Alten- und Pflegeeinrichtungen gegenwärtig 1.781 (73 %) als Einzelzimmer ausgestattet seien. Nach Fertigstellung zweier aktueller Baumaßnahmen (LWL-Pflegezentrum und Altenzentrum Klarastift) voraussichtlich ab April 2008 werde sich die Zahl der Einzelzimmer auf 1.897 (77 %) belaufen; von da an gebe es auch keine Pflegeeinrichtung mit Drei-Bett-Zimmern mehr. Bezug nehmend auf die Anforderungen der 2003 in Kraft getretenen Allgemeinen Pflegeförderverordnung NRW, aufgrund auch bestehende Einrichtungen bis zum Jahr 2018 einen Mindestanteil von 80 % Einzelzimmern je Einrichtung vorzuhalten, führte Herr Willamowski aus, dass Anfang nächsten Jahres noch 7 Einrichtungen diese Quote nicht erfüllten; die meisten dieser Einrichtungen planten jedoch bereits Anpassungen. Die Verteilung von Einzelzimmern nach Einrichtungen vermittelt die dem Protokoll beigelegte Übersicht – **Anlage 1**.
- 3.2.4** Herr Willamowski berichtete, dass der Bericht über den Kennzahlenvergleich 2006 für Leistungen nach dem SGB XII in den Bereichen Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zur Pflege vorliege; die Verwaltung habe den sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern jeweils ein Exemplar zugesandt, weitere Exemplare könne die Verwaltung auf Nachfrage zur Verfügung stellen.
- 3.2.5** Herr Treutler erinnerte die Mitteilung der Verwaltung in der Sitzung am 16.01.2007, die Absicht des MAGS NRW betreffend, die Landeszuwendungen für die Bereiche Sucht und Aids künftig nicht mehr direkt an die Träger, sondern als fachbezogene Pauschalen an die Kommunen auszuzahlen; die Kreise und kreisfreien Städte sollten daraufhin die Mittel an die Träger in ihrem Gebiet aufteilen. Für 2007 habe die Stadt Münster, wie angekündigt, die Mittel in gleicher Höhe wie 2006 erhalten und in bisherigem Umfang an die Träger weitergegeben. Über den technischen Aspekt hinaus umfasse die beabsichtigte Änderung, wie am 16.01. mitgeteilt, eine Neuverteilung der Zuwendungen auf die einzelnen Kommunen nach Kriterien, die 2007 entwickelt werden sollten. Ferner plane das Land die Einrichtung einer Landesstelle Sucht bzw. Aids. Für den Bereich Sucht gebe es inzwischen einen Eckpunkteentwurf; eine unterschriftsreife Fassung der Kooperationsvereinbarung jedenfalls für den Suchtbereich solle bis Februar 2008 erarbeitet werden. Für den Bereich Aids liege ein Entwurf bisher nicht vor. Das MAGS habe in Aussicht gestellt, die Zuwendungen für beide Bereiche auch im kommenden Jahr noch einmal wie in diesem Jahr zu verteilen. Die Verwaltung werde versuchen, im Vorfeld der Etatsitzung des Ausschusses am 27.02.2008 an konkretere Informationen heranzukommen.

3.2.6 Herr Treutler skizzierte die Inhalte der Sitzung des Beirats Soziale Stadt, Kinderhaus-Brüningheide, am 27.11.2007; er machte darauf aufmerksam, dass die in der Sitzung des Ausschusses am 16.10.2007 in Aussicht gestellte Vorlage (Finanzierungsempfehlung für eine Programmfortsetzung bis 31.12.2010) voraussichtlich in der übernächsten Beratungskette (Etat 2008) behandelt werde. Am 12.12.2007 gebe es ab 16 Uhr im Bürgerhaus Kinderhaus ein Stadtteilstfest für Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets Brüningheide, auch mit dem Ziel, neue Interessierte für die Soziale Stadt zu gewinnen. Das Begegnungszentrum Sprickmannstraße habe anlässlich seines 20-jährigen Bestehens zu einem kleinen Empfang eingeladen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Arbeitsbericht 2006 des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes

Herr Dr. Otto fasste die Inhalte des Berichts zusammen und beantwortete Nachfragen der Mitglieder. Er stellte in Aussicht, dem Ausschuss den Arbeitsbericht 2007 im 2. Quartal 2008 zu präsentieren.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung VI/0984/2007

Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung

Frau Schulze Wintzler begründete die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion zur Vorlage mit dem Hinweis, dass das Land NRW bei der Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung die Anforderungen des Konnexitätsgebots nicht hinreichend beachtet habe; mit demselben Argument kündigte Frau Klein-Schmeink die Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an.

Herr Stadtrat Paal, Frau Dr. Kappenstein und Herr Willamowski beantworteten im Verlauf der Aussprache Nachfragen der Mitglieder.

Daraufhin schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung der Beschlussempfehlung der Vorlage mit 10 Fürstimmen (CDU, FDP), 5 Gegenstimmen (SPD) und 4 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat mehrheitlich:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass entsprechend dem am 24.10.2007 vom Landtag beschlossenen „2. Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen“ die Aufgaben nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) sowie die Aufgaben nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX) im Bereich des Stadtgebietes Münster zum 01.01.2008 vom Versorgungsamt Münster auf die Stadt Münster übergehen. Die bisher von der Stadt wahrgenommene Aufgabe der Kriegsopferfürsorge geht zu diesem Zeitpunkt auf den Landschaftsverband Westfalen-Lippe über.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Aufgaben nach dem BEEG zukünftig durch das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wahrgenommen werden.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Aufgaben nach dem Feststellungsverfahren im Schwerbehindertenrecht (SGB IX) zukünftig vom Sozialamt und vom Gesundheitsamt (ärztlicher Dienst) wahrgenommen werden.

4. Es wird beschlossen, für die von der Versorgungsverwaltung zu übernehmenden Beamten zum Stellenplan 2008 insgesamt 9,0 Planstellen einzurichten.
5. Es wird beschlossen, zur Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich des ärztlichen Dienstes des Gesundheitsamtes eine 0,66 Planstelle zum Stellenplan 2008 einzurichten.

II. Kosten / Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch diese Gesetzesmaßnahme des Landes in den Jahren 2008 und 2009 ein zusätzlicher Aufwand von jeweils rund 30.000 Euro entsteht; ab dem Jahr 2010 wird ein zusätzlicher jährlicher Aufwand in Höhe von rund 87.000 Euro erwartet.

III. Mittelbereitstellung/Finanzierung:

Die Verwaltung wird zu den Etatberatungen Veränderungsblätter vorlegen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0944/2007**

Sonderfonds "Hilfen für Schwangere und junge Mütter zum Schutz des ungeborenen Lebens"
Hier: Bericht über die Entwicklung des Sonderfonds für die Jahre 2005 und 2006

Für die CDU-Fraktion unterstrich Frau Stober die unveränderte Bedeutung des Sonderfonds im Arbeitszusammenhang der örtlichen Schwangerschaftsberatung.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0876/2007**

"Kitas und Schulen bewegen ..."
Modellprojekt zur Gesundheitsförderung in Kitas und Grundschulen unter besonderer Berücksichtigung der Verzahnung von Gesundheit und Bildung und des sozialräumlichen Bezugs

Frau Bedenbecker-Busch beantwortete Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0809/2007**

**5 Jahre Stadtteilwerkstatt Nord - Jahresbericht
2006**

Die Mitglieder, die sich im Verlauf der Aussprache zu Wort meldeten, stellten die unterschiedlichen Bewertungen ihrer Fraktion insbesondere mit Blick auf die gute vs. verbesserungsbedürftige Wirksamkeit der Angebote und Maßnahmen der Stadtteilwerkstatt Nord dar.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0919/2007**

Wohnungspolitische Anträge:

A-R/0012/2006 der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 28.03.2006
A-R/0036/2006 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL im Rat der Stadt Münster vom 28.08.2006
A-R/0046/2006 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 31.10.2006
A-R/0054/2006 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 05.12.2006
A-R/0010/2007 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 20.03.2007

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL äußerte Frau Klein-Schmeink die Erwartung an ein zielgerichtetes Arbeiten des vorgesehenen interfraktionellen Arbeitskreises. Für die CDU-Fraktion ergänzte Herr Messing, dass die Verwaltung dem Arbeitskreis bereits im Vorfeld seiner konstituierenden Sitzung für seine Arbeit erforderliche Unterlagen zur Verfügung stellen müsse, die insbesondere Mengengerüste im Hinblick auf bebaubare Flächen aufzeigen.

Vor dem Hintergrund aktueller Pressemeldungen über das Ende des Bieterverfahrens um den Verkauf von landesweit ca. 96.000 Wohnungen der LEG am 06.12.2007, darunter Wohnungen der WGM in Münster, erörterten die Mitglieder im Verlauf der weiteren Aussprache die Chancen, die die Stadt Münster habe bzw. gehabt hätte, an dem Verfahren teilnehmen zu können.

Herr Stadtrat Paal bestätigte auf Nachfrage von Frau Hitze, dass neben dem Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft auch der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung über die Beratungsergebnisse des interfraktionellen Arbeitskreises informiert werde.

Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung in den Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft geschoben.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0764/2007**

**"Älter werden in Münster"; Leitantrag zur Sozialpolitik für Seniorinnen und Senioren,
"Haushaltsnahe Dienstleistungen zur Sicherung
des Selbständigen Wohnens ausbauen"**

Herr Eisenack erläutert für die Fraktionen von FDP und CDU folgenden Ergänzungsantrag:

„Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. - 2. [...]

3. [...] weiter zu entwickeln. Dabei soll das Case und Care Management als ein unabhängiges und zugleich für alle Pflegebedürftigen freiwilliges Angebot auch über den Kreis der Sozialhilfeempfänger hinaus ausgerichtet werden. Für Pflegebedürftige, die nicht zum Kreis der Sozialhilfeempfänger zählen, muss (wenn möglich) ein entsprechendes Konzept zur Kostenpflicht entwickelt werden.

Der Case-Manager soll als Koordinator zur Unterstützung des Wahl- und Wunschrechtes der Bedürftigen in Abwägung auch der finanziellen Verhältnismäßigkeit dienen.

Der Verlauf des Prozesses der Weiterentwicklung des Case und Care Managements wird im Rahmen des jährlichen Pflegeberichtes jeweils dargestellt.

4. - 7. [...]“

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Klein-Schmeink:

„Punkt 3 wird wie folgt ergänzt:

Dabei soll das Case Managment als ein freiwilliges und unabhängiges Angebot für die Pflegebedürftigen ausgerichtet werden. Leistungen für Pflegebedürftige müssen weiterhin das Wunsch- und Wahlrecht berücksichtigen und dürfen nicht von der letztendlichen Entscheidung des/der Case Managers/in abhängig gemacht werden.

Punkt 4 wird wie folgt ergänzt:

Dazu wird ein Handlungskonzept entwickelt, das frei gemeinnützige Anbieter, private Anbieter und Unternehmen, die Wohnungsunternehmen und die Kranken- und Pflegekassen einbezieht. Es wird die Zielsetzung verfolgt, dass zur Sicherung des Selbstständigen Wohnens in den Stadtteilen ein erschwingliches und bedarfsgerechtes Serviceangebot vorhanden ist. Das von der VHS Münster mit der AMS entwickelte Projektvorhaben stellt einen Baustein für dieses Konzept dar.“

Frau Hitze merkte die ausdrückliche Bereitschaft der Seniorenvertretung an, in den unter Ziffer 6 der Beschlussempfehlung angesprochenen Stadtteilarbeitskreisen „Altenhilfe“ mitzuarbeiten.

Nach Abschluss der Aussprache lehnte der Ausschuss den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bei 9 Fürstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und 10 Gegenstimmen (CDU, FDP) ab.

Der Ausschuss beschloss den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP daraufhin mit 10 Fürstimmen (CDU, FDP) und 9 Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL).

Danach schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage in der Fassung des Antrags der Fraktionen von CDU und FDP einstimmig bei 4 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) an und beschloss:

I. Sachentscheidung:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. im Rahmen einer ressort- und ämterübergreifenden Altenhilfe- und Pflegeplanung die Strukturen und Perspektiven in den Feldern
 - soziodemografische und infrastrukturelle Entwicklung,
 - Sicherung der Selbstbestimmung und Selbstständigkeit durch Hilfen zur Alltagsbewältigung und Grundversorgung,
 - Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement,

- Angebote der offenen Altenarbeit im Kontext eines Zusammenlebens der Generationen,
- Präventions-, Gesundheits- und Rehabilitationsangebote,
- Wohnangebote, Haushaltsnahe Dienstleistungen und pflegerische Angebote,
- Hilfen für besondere Bedarfsgruppen

auch unter geschlechtsspezifischen sowie (inter-)kulturellen Gesichtspunkten zu erfassen,

2. in den Folgejahren schrittweise im Rahmen der jährlichen Pflegeberichterstattung in einem Maßnahmenkatalog quartiers- und stadtteilbezogen für die genannten Themenfelder die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Wandels aufzuzeigen,
3. das breite vorhandene Angebot an Begegnungsstätten, Beratungsleistungen, Hilfe und Dienstleistungen für hilfebedürftige, ältere und pflegebedürftige Menschen in eine vernetzte, abgestimmte sowie stadtteilorientierte Beratung und Einzelfallhilfe (Case und Care Management) weiter zu entwickeln. Dabei soll das Case und Care Management als ein unabhängiges und zugleich für alle Pflegebedürftigen freiwilliges Angebot auch über den Kreis der Sozialhilfeempfänger hinaus ausgerichtet werden. Für Pflegebedürftige, die nicht zum Kreis der Sozialhilfeempfänger zählen, muss (wenn möglich) ein entsprechendes Konzept zur Kostenpflicht entwickelt werden.
Der Case-Manager soll als Koordinator zur Unterstützung des Wahl- und Wunschrechtes der Bedürftigen in Abwägung auch der finanziellen Verhältnismäßigkeit dienen.
Der Verlauf des Prozesses der Weiterentwicklung des Case und Care Managements wird im Rahmen des jährlichen Pflegeberichtes jeweils dargestellt.
4. in Beratungszusammenhängen mit Investoren, Projektentwicklern und Betreibern sowie im Case Management weiterhin die Zielsetzung „ambulant vor stationär“ zu verfolgen und in diesem Zusammenhang haushaltsnahe Dienstleistungen, weitergehende Serviceangebote sowie neue Wohnformen im Alter und bei Behinderung zu stärken,
5. im Zuge des als Referentenentwurf vorliegenden Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes (PfWG) die neu aufgeworfenen Schnittstellen im Hinblick auf Zuständigkeit und Aufgaben zwischen Land, Kommunen und Trägern der Sozialen Pflegeversicherung zu prüfen und mit Blick auf das Verhältnis zu den sonstigen Aufgaben der örtlichen Daseinsvorsorge wie Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement, Altenhilfe sowie Eingliederungshilfe zu beachten,
6. den Aufbau von Arbeitskreisen „Altenhilfe“ sukzessive in allen münsteraner Stadtbezirken zu initiieren und zunächst modellhaft in zwei ausgewählten Stadtbezirken im 1. Quartal 2008 aufzubauen und zu erproben.
7. die innerstädtischen Strategien und Aktivitäten ressortübergreifend zu bündeln und weiter zu entwickeln.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die programmatischen Beschlussvorschläge zunächst keine Kosten und Folgekosten verursachen.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0990/2007**
Pflegebericht 2007 des Sozialamtes

Herr Schulze auf'm Hofe fasste die Inhalte der Vorlage zusammen; er und Herr Willamowski beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0745/2007**
Struktur der zukünftigen kommunalen Gesundheitsberichterstattung über die psychiatrische Versorgung in Münster

Ohne Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und beschloss:

I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt:
 - a. die zukünftige kommunale Gesundheitsberichterstattung über die psychiatrische Versorgung entsprechend dem als Anlage beigefügten Strukturvorschlag fortzuführen.
 - b. den nächsten Basisbericht zur psychiatrischen Versorgung in Münster im 1. Halbjahr 2011 auf Grundlage der vorgeschlagenen Berichtsstruktur den politischen Gremien vorzulegen.
 - c. die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen, wie in § 21 ÖGDG vorgesehen, in der Gesundheitskonferenz beraten bzw. beschließen zu lassen.
 - d. im 4. Quartal 2008 den Bericht zur kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung in Münster den politischen Gremien vorzulegen.
 - e. im 4. Quartal 2009 dem ASGAf einen Zwischenbericht über die Entwicklung des Versorgungsangebotes für psychisch kranke Menschen in Münster vorzulegen.
2. Darüber hinaus wird die Verwaltung dem ASGAf in seinen Sitzungen unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ über „tagesaktuelle“ Geschehnisse im Aufgabengebiet des Gesundheitsamtes berichten.
3. Der als Anlage beigefügte Strukturvorschlag wird Bestandteil dieser Vorlage.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine weiteren Kosten oder Folgekosten.

Punkt 13 der Tagesordnung
Verschiedenes

Herr Messing dankte den Mitgliedern für die Zusammenarbeit und wünschte ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Ende der Sitzung: 19:43 Uhr

gez.
Josef Messing
Vorsitzender

gez.
Frank Treutler
Schriftführung